

Entwicklungsstand der Persönlichkeit zum Zeitpunkt der Tat festzustellen, der Auskunft darüber gibt, inwieweit der Beschuldigte bzw. Angeklagte die Einsicht in die Verwerflichkeit und Rechtswidrigkeit seines Handelns haben konnte und mußte, und darüber, inwieweit seine Tat einer verfestigten Einstellung gegenüber der sozialistischen Gesellschaft, ihrem Staat und seinem Recht entspringt, oder ob sie seinem sonstigen Verhalten widerspricht.

Hierzu gehören z. B. auch Feststellungen zu den wirtschaftlichen Verhältnissen des Angeklagten bei Ausspruch einer Geldstrafe und der Verpflichtung zur Wiedergutmachung oder zum Verhalten des Angeklagten bei Auferlegung bestimmter Pflichten (§ 33 StGB) oder zur Persönlichkeit des Straftäters bei Festlegung einer besonderen Vollzugsart (§39 StGB; §§13, 14 StVG) oder bei Festlegung besonderer Wiedereingliederungsmaßnahmen (§§ 47, 48 StGB).

Die Grundlage für die Gewinnung wahrer Erkenntnisse über die Persönlichkeit, insbesondere über ihre Einstellung zur Tat und zur sozialistischen Gesellschaft, wie auch für den Beweis dieser Erkenntnisse, bildet in jedem Falle das konkrete Verhalten des Beschuldigten bzw. Angeklagten, das sich in verschiedenen einzelnen Handlungen manifestiert.

Als Beweisgründe können im wesentlichen nur Handlungen angeführt werden, die auf der Grundlage der wissenschaftlichen Erkenntnisse und der allgemeinen Normen der sozialistischen Gesellschaft gewürdigt werden müssen. Deshalb ist im Gesetz (§ 101 Abs. 2 Satz 1, § 222 Abs. 1) auch ausdrücklich das Verhalten des Täters vor und nach der Tat als Element der Beweisführung genannt. Es bildet jedoch in diesem Sinne kein selbständiges Element der Beweisführung, sondern ist lediglich ein Erkenntnisgegenstand, aus dem ein Beweisgrund für den Beweis der Erkenntnisse über die Persönlichkeit des Beschuldigten bzw. Angeklagten abgeleitet werden kann.

Allerdings handelt es sich hier um einen besonders bedeutsamen Beweisgrund, da im Verhalten vor und nach der Tat sehr wesentlich die Beziehungen des Täters zur Tat und die Wirkungen erkennbar sind, die die Tat selbst auf die Entwicklung des Täters hatte.<sup>33</sup> Ähnlich verhält es sich auch mit den

im Gesetz besonders genannten Beweggründen (Motive) der Tat.

#### *Die Art und Schwere der Schuld*

Unter beweisrechtlichem Aspekt geht es hier vor allem darum,

- alle Erkenntnisse zu gewinnen, die für die Bestimmung der Art und Schwere der Schuld erforderlich sind,
- aus diesen Erkenntnissen richtige Schlußfolgerungen über die durch die Handlung des Täters entstandenen Beziehungen zwischen Täter, Tat und sozialistischen Gesellschaft zu ziehen und
- die Wahrheit dieser Erkenntnisse zu beweisen.

Zu den hier erforderlichen Feststellungen gehören sowohl Umstände der Täterpersönlichkeit, die in unmittelbarer Beziehung zur Tat stehen, als auch Umstände der Tatbegehung, die Aufschluß über den Grad der Schuld geben, Ursachen und Bedingungen, soweit sie die Pflichtwidrigkeit kennzeichnen, die Motive, Täter-Opfer-Beziehungen sowie Umstände, die die Entscheidungsfähigkeit des Täters zur Zeit der Tat beeinflusst haben können.

Die Beweisführung muß genau den *Umfang* haben, der erforderlich ist, um, gestützt auf die gesammelten Beweismittel über alle Tatsachen, die den Gegenstand der Beweisführung ausmachen, wahre Erkenntnisse gewinnen sowie ihren Wahrheitswert so nachweisen und dokumentieren zu können, daß über ihn Gewißheit besteht. Konkret hängt der Umfang der Beweisführung von der Tatbeschuldigung im Einzelfall und von den in Betracht kommenden Maßnahmen der strafrechtlichen Verantwortlichkeit ab.

Die Notwendigkeit einer rationellen Beweisführung bedeutet, daß in jeder Phase des Strafverfahrens danach gestrebt werden muß, nur solche Beweise zu erheben, die zum Nachweis der den Gegenstand der Be-

33 Vgl. E. Buchholz/H. Dettenborn, „Fähigkeit und Bereitschaft des Straftäters zu künftig verantwortungsbewußtem Handeln“, Neue Justiz, 1979/10, S. 440 ff.; G. Kräupl/L. Reuter/W. Müller, „Fähigkeit und Bereitschaft des Täters zu künftig verantwortungsbewußtem Verhalten als Strafzumessungskriterium“, Neue Justiz, 1980/9, S. 414 ff.